

Antrag

der Abgeordneten Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, Dr. Anton Friesen, Waldemar Herdt, Paul Viktor Podolay, Tino Chrupalla, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Lothar Maier, Marc Bernhard, Jürgen Braun, Marcus Bühl, Joana Cotar, Siegbert Droese, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Mariana Iris Harder-Kühnel, Dr. Roland Hartwig, Lars Herrmann, Martin Hess, Dr. Heiko Heßenkemper, Nicole Höchst, Martin Hohmann, Jens Kestner, Stefan Keuter, Jörn König, Rüdiger Lucassen, Frank Magnitz, Jens Maier, Christoph Neumann, Frank Pasemann, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth, Dr. Gottfried Curio, Dr. Axel Gehrke, Franziska Gminder, Karsten Hilse, Johannes Huber, Norbert Kleinwächter, Steffen Kotré, Ulrich Oehme, Tobias Matthias Peterka, Stephan Protschka, Ulrike Schielke-Ziesing, Dr. Robby Schlund und der Fraktion der AfD

Kriegerische Eskalationen im Nahen Osten vermeiden – Über eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Vorderen Orient Stabilität schaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Genau wie Mitteleuropa fußt auch der Vordere Orient, im Gebiet zwischen Mittelmeer und Persischem Golf, die Kultur auf einer reichen, vielschichtigen Geschichte.

Der Vordere Orient wird seit Jahrzehnten durch kriegerische Konflikte erschüttert. Alle Versuche, auf Dauer die Herrschaft der einen Gruppierung über eine andere einheimische Gruppierung zu etablieren, sind gescheitert und werden auch in Zukunft scheitern. Eine endgültige Dominanz in der Region insgesamt ist weder für schiitische noch für sunnitische noch für laizistische Mächte möglich, egal von welcher Seite aus sie politisch und militärisch unterstützt werden.

Nach dem Schrecken zweier Weltkriege hat Europa von 1946 bis 1989 die Erfahrung des Kalten Krieges gemacht und war tief in zwei verfeindete Blöcke gespalten. Dieses gespaltene Europa hat Anfang der 70er-Jahre ein Experiment gewagt. In der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) in Helsinki wurde von 1973 bis 1975 über das zukünftige Zusammenleben der Völker in Europa verhandelt. Basis hierfür war das seit dem westfälischen Frieden von 1648 begründete Prinzip der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität zwischen allen beteiligten Staaten.

Das Ergebnis der Konferenz war nicht, dass eine der Parteien aus ihr als Sieger hervorgegangen wäre. Der Gegensatz zwischen dem Westen und dem Osten bestand immer noch in voller Schärfe. Dennoch ist ein Instrument geschaffen worden, welches in den Folgejahren behutsam und im Konsens weiter ausgebaut werden konnte.

Die Grundlage der weiteren Zusammenarbeit wurde in den folgenden zehn Punkten der Schlussakte von Helsinki formuliert, in welcher sich die teilnehmenden Staaten zu den folgenden zehn Grundsätzen bekannten:

1. zur Achtung ihrer souveränen Gleichheit sowie der ihrer Souveränität innewohnenden Rechte,
2. zum Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt,
3. zur Unverletzlichkeit der Grenzen,
4. zur Achtung der territorialen Integrität aller Teilnehmerstaaten,
5. zur friedlichen Regelung von Streitfällen,
6. zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Teilnehmerstaaten,
7. zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten,
8. zur Achtung der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker,
9. zur Entwicklung ihrer Zusammenarbeit gemäß der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen,
10. zur Erfüllung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

Die KSZE hat Europa nicht den Frieden gebracht. Sie hat aber einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, einen neuen Krieg zu verhindern. Langfristig ermöglichte sie es den Völkern Osteuropas, aus eigener Kraft über ihr eigenes Schicksal selbst zu bestimmen.

Der Vordere Orient ist in einer vergleichbaren Lage. Er ist innerlich zwischen verschiedenen Machtblöcken zerrissen. Der Irak, Syrien und der Jemen waren und sind immer noch Schauplätze blutiger Auseinandersetzungen. 100 Jahre nach dem Untergang des Osmanischen Reiches ist es an der Zeit, endlich zu einer langfristigen Regelung zu kommen, die den Menschen im Vorderen Orient Stabilität und Sicherheit gibt.

Neben den fünf führenden Regionalmächten Ägypten, Israel, Saudi-Arabien, der Türkei und dem Iran verfolgen auch die politisch maßgeblichen Großmächte der Welt ihre Ziele im Vorderen Orient: die USA, Russland und China und in geringerem Maße die europäischen Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Der Schauplatz der aktuellen Auseinandersetzungen reicht vom Libanon über Syrien, den Irak, die Golfstaaten bis hin zum Jemen. Jordanien und der Oman spielen eine wichtige Rolle für die Stabilität der Region.

Zu berücksichtigen ist auch die Frage, wie die Zukunft der Palästinenser und der Kurden gestaltet werden kann. Welche Staaten sind Sachwalter ihrer Interessen?

Deutschland genoss bis Anfang dieses Jahrtausends ein besonderes Vertrauen bei den Menschen im Vorderen Orient. Als einziges europäisches bzw. westliches Land hat es keine koloniale Vergangenheit in diesem Raum. Deutschland hat kein Sasonow-Sykes-Picot-Abkommen abgeschlossen und war nicht am Sturz von Regierungen, wie der Mossadeghs 1953 im Iran oder Saddam Husseins 2003 im Irak beteiligt.

Das deutsche Ansehen hatte zu Zeiten des Bundeskanzlers Helmut Schmidt, seines Außenministers Hans-Dietrich Genscher und ihres Sonderbeauftragten Hans-Jürgen Wischnewski einen Höhepunkt erreicht und ist seitdem im beständigen Niedergang. Es ist jetzt an der Zeit, dass Deutschland wieder mit Nachdruck eine aktive Außenpolitik betreibt und der Welt so, wie sie ist, ins Auge sieht und mit Blick auf das real und realistisch Machbare und in Anerkennung der tatsächlich vor Ort wirkenden Kräfte und Mächte einen neuen Ansatz macht.

Deutschland ist derzeit Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. In dieser Rolle hat es die Möglichkeit, den Anstoß für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Vorderen Orient zu geben, zu der alle im Vorderen Orient direkt und indirekt involvierten Mächte eingeladen werden sollten. Eine derartige Konferenz muss in vielen Vorgesprächen mit den wesentlichen Mitspielern in der Region vorbereitet werden. Hierzu gehören insbesondere diejenigen Regierungen, mit denen die Bundesregierung derzeit auf schlechtem Fuße steht. Hier sind Mut und Umsicht sowie Fingerspitzengefühl und diplomatisches Geschick gefragt, keine ideologische Überheblichkeit.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein angemessenes und realistisches Konzept für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Vorderen Orient zu formulieren und mit den USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien abzustimmen,
- mit den Regierungen von Ägypten, Israel, Saudi-Arabien, des Irans und der Türkei dieses Konzept abzustimmen und zu konkretisieren,
- in die Gespräche zu diesem Konzept die Regierungen Syriens, des Iraks, des Libanons, Jordaniens sowie der Golfstaaten und des Omans einzubinden und deren Sichtweise angemessen zu berücksichtigen als Voraussetzung dafür, dass die Bundesregierung einen Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zugunsten dieses Konzepts für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Vorderen Orient herbeiführt.

Berlin, den 29. Mai 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

